



Stuttgarter Initiative **Reiche Stadt – Arme Kinder**

Info 18

Februar 2015

Bürgerhaushalt – Bürger haben das Sagen?

"JETZT VORSCHLÄGE EINGEBEN | 3. BÜRGERHAUSHALT MITGESTALTEN erneut sind Ihre Vorschläge für Stuttgart gefragt."

Diese Einladung flattert ins Haus, wenn man am letzten Bürgerhaushalt teilgenommen hat.

Wir, die Initiative REICHE STADT – ARME KINDER, hatten uns mit zwei Vorschlägen am letzten Bürgerhaushalt beteiligt: VVS-Nulltarif für Schüler – vollständige Übernahme der Fahrtkosten im ganzen Netz und Ein kostenloses und gesundes Mittagessen für alle Schul- und Kita-Kinder. (Platz 427 und Platz 384 nach der Abstimmung)



Für Familien, die mit Arbeitslosengeld II oder niedrigem Einkommen leben müssen, wäre es eine große Entlastung, wenn die Stadt diesen Forderungen nachkommen würde. Außerdem sind kostenlose Fahrt und kostenloses Mittagessen an Schulen und Kitas ein Teil des Bildungsauftrags, so wie es in skandinavischen Ländern längst gehandhabt wird. Seit 2008 wendet sich unsere Initiative an den Gemeinderat, dass er seiner Verantwortung gegenüber den Kindern und Jugendlichen - insbesondere denen aus armen Familien - nachkommen und diese Leistungen erbringen soll.

Deshalb wollten wir den Bürgerhaushalt nutzen, um auf die Haushaltsentscheidungen des Gemeinderats einzuwirken.

Leider waren unsere Vorschläge gar nicht „gefragt“ bei der Verwaltung, denn entsprechend dem Abstimmungsergebnis gab es nur für die ersten 110 von den ca. 3000 eingereichten Bürgerwünschen eine Antwort aus dem Rathaus. Wurden dann wenigstens diese Vorschläge in den Gemeinderatshaushalt übernommen? Weit gefehlt!

Die Forderung des Schülerhorts Helfergasse „Freie Fahrt für Stuttgarter Schülergruppen“ hatte es auf Platz 33 geschafft und dennoch eine Abfuhr erhalten. Es fand sich keine Mehrheit im Gemeinderat für ihr Anliegen.

Warum soll man dann überhaupt einen Antrag stellen, am Abstimmungs-marathon teilnehmen und sich sich womöglich auch noch Hoffnungen machen, dass man im Rathaus ernst genommen wird?! Im Gegenteil, es beschleicht einen der Verdacht, dass hier ein pseudodemokratischer Prozess in Gang gesetzt wird nach dem Motto: Mitreden ja, aber nicht entscheiden.

(Fortsetzung auf S.2)

AKTUELLES

Mehr Geld für Bildung nötig!

„Der OECD-Bericht ‚Bildung auf einen Blick 2014‘ zeigt: Die Dauerbaustellen der Bildungspolitik bleiben bestehen. Die soziale Auslese hat sich verfestigt.

... Nur 5,1% seiner Wirtschaftsleistung investiert Deutschland in Kitas, Schulen, Hochschulen oder Weiterbildung... Bund, Länder und Kommunen müssen mehr für die Qualität der frühkindlichen Bildung, Inklusion in der Schule, die soziale Öffnung der Hochschulen und ein staatliches Weiterbildungssystem leisten.“

Elke Hannack, stellvertretende DGB-Vorsitzende 09.09.2014

BERATUNGSSTELLEN

verdi-Erwerbslosenberatung

jeden Freitag nur nach vorheriger Anmeldung (0711) 16 64 000

Elterntreff

städt. Elternseminar

jeden Donnerstag außer in den Schulferien, 10 – 12 Uhr, Marienplatz

Zentrum für selbstbestimmtes

Leben (ZsL) – Aktive Behinderte

Beratungstelefon 0711 78 01 858

Weitere Beratungsstellen

siehe www.lagalo.de

TREFF INITIATIVE

Reiche Stadt – arme Kinder

Die Initiative trifft sich jeden 2. Mittwoch im Monat 18.30 – 20 Uhr
Nächster Termin: Mi 11. 03. 2015
BASIS, Hauptstätterstr. 41, Stuttgart Mitte.

KONTAKT / IMPRESSUM

G. Vomhof-Hänisch
Vogelsangstr. 2970176 Stgt
Email: g.vomhof@gmx.de

GRAFIK G.Rohde



(Fortsetzung von S.1:) **Bürgerhaushalt - Bürger haben das Sagen?**

Wir haben unsere Lehren gezogen, wir werden uns dieser „Beschäftigungstherapie“ nicht mehr unterziehen. Unsere Forderungen für die Verbesserung der Chancengleichheit aller Kinder in Stuttgart werden wir hartnäckig weiter verfolgen - nicht über eine Scheinbeteiligung, sondern mit Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit. Das ist eine realistische Möglichkeit, den Gemeinderat zum „Zuhören“ zu bringen. (vh)

Beispiel für misslungene Bildungspolitik aus Kostengründen

Immer mehr junge Menschen kommen aus anderen europäischen Ländern nach Deutschland, um hier ihre Chancen zu verbessern oder ihre Kenntnisse und Berufserfahrungen einzubringen. Aber auch immer mehr Flüchtlinge und Asylanten.

Neu ist daher an vielen Berufsschulen das wachsende Angebot von VAB-O-Klassen für Schüler/innen ohne Deutschkenntnisse. Für einen sinnvollen Unterricht wäre jedoch weitaus mehr Lehrpersonal notwendig, das „Deutsch als Fremdsprache“ entweder gelernt hat oder eine einjährige Zusatzausbildung vorweisen kann.

Ergänzend werden daher in der Regel für den notwendigen Erwerb der deutschen Sprache Sprachkurse über unterschiedliche Träger angeboten und wahrgenommen.

Das Sprachniveau europäischer Staaten wird, gemäß europäischem Referenzrahmen, normalerweise bei Sprachkursen, Tests oder Einstufungen (Hören, Lesen, Sprechen) in folgenden Schwierigkeitsstufen angegeben:

A1, A2, B1, B2, C1, C2, um Prüfungen oder Kursangebote unterschiedlicher Anbieter vergleichen zu können.

A1: Elementare Sprachverwendung (die Person kann sich auf einfache Art verständlich machen, wenn die Gesprächspartner/innen langsam und deutlich sprechen und bereit sind zu helfen)

A2: Elementare Sprachverwendung (aufbauend auf A1)

B1: Selbständige Sprachverwendung (Fähigkeit, überschaubare Zusammenhänge des Alltags zu bewältigen)

B2: Mindestvoraussetzung für Beginn einer Ausbildung oder eines Berufes.

C1: Kompetente Sprachverwendung

C2: Entspricht fast muttersprachlichem Niveau

Die Finanzierung für die Sprachkurse ist nicht ganz einfach.

EU-Bürger und Personen mit dauerndem Bleiberecht können beim JobCenter einen **Berechtigungsschein** beantragen, der jedoch nur **bis** zu **Level B1** genehmigt wird. Dieser Level reicht kaum aus, um eine Schule zu besuchen und reicht **nicht** aus, um eine Ausbildung zu beginnen, fortzusetzen oder einen anspruchsvollen Beruf auszuüben.

Es ist nicht nachzuvollziehen, weshalb eine sinnvolle Sprachförderung zur gelingenden Eingliederung nicht bis Level B2 finanziert werden kann. (mp)

